

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Manfred Eibl

Staatsminister Hubert Aiwanger

Abg. Ralf Stadler

Staatsminister Klaus Holetschek

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Alexander Muthmann

Abg. Dr. Marcel Huber

Abg. Florian Siekmann

Staatsminister Joachim Herrmann

Abg. Markus Plenk

Staatsminister Dr. Florian Herrmann

Abg. Kerstin Radler

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Gerd Mannes

Abg. Margit Wild

Abg. Albert Duin

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Susanne Kurz

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 18** auf:

Befragung der Staatsregierung in der Corona-Krise

Heute beginnen die FREIEN WÄHLER, dann folgen AfD, SPD, FDP, CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Redezeit beträgt inklusive Nachfragen wie immer vier Minuten und für die fraktionslosen Abgeordneten eine Minute.

Die erste Frage richtet sich an das Wirtschaftsministerium und wird vom Kollegen Manfred Eibl gestellt.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Sehr verehrte Frau Präsidentin, verehrter Herr Staatsminister, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Neben Impfen und Testen leistet vor allem auch die Nutzung von FFP2-Masken einen entscheidenden Beitrag, um der Ausbreitung des Coronavirus entgegenzuwirken. So wurden auch in Bayern durch innovative Unternehmen diesbezüglich Produktionsstätten entwickelt und aufgebaut.

Nun die beiden Fragen: Wie steht es um diese? Wie können sich diese Unternehmen gegen die asiatischen, oftmals doch als sehr kritisch gesehenen Importe am Markt behaupten?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Vielen Dank für diese Frage. Nachdem in den letzten Tagen intensiv in den Medien darüber diskutiert worden ist, ob der Wirtschaftsminister hier bei der eigenen Maskenproduktion Fehler gemacht hat, ist es, glaube ich, wichtig, einmal den Jetztzustand zu beleuchten.

Ziel war es damals, eine eigene bayerische Maskenproduktion auf den Weg zu bringen, um auch die Unabhängigkeit von Importen teilweise dubioser Herkunft sicherzustellen. Dieses Ziel ist erreicht; es wurde über die Ziellinie gegangen – mit einer Produktionskapazität von täglich mittlerweile rund 200.000 von der deutschen DEKRA zertifizierten FFP2-Masken. Damit könnte, sollte eine dritte Welle massiv zuschlagen

und es wieder zu Importverzögerungen aus dem Ausland kommen, die Grundversorgung Bayerns weitgehend sichergestellt werden.

Wir haben derzeit insgesamt rund zehn Firmen in Bayern, die FFP2-Masken produzieren, eine davon mit deutschem Zertifikat, der Großteil hat türkische und ungarische Zertifikate – was ich nicht bewerten will; ich stelle es nur fest.

Wir sehen, dass die Kosten für Masken zwischendurch immer wieder bei 5 oder 6 Euro und darüber lagen; selbst bei der letzten Spahn-Aktion mussten 6 Euro mit den Apotheken abgerechnet werden.

Die Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Markt – dazu fragten Sie ja auch – ist natürlich immer schwierig beizubehalten. Derzeit liegen die Produktions- oder Verkaufskosten für deutsche Ware irgendwo zwischen 1 und 2 Euro. Sollte der Zustand wieder eintreten, dass in großem Umfang subventionierte Asienware auf den Markt drängt, teilweise von den Staaten vor Ort subventioniert, dann kann ein deutsches Geschäftsmodell auch sehr schnell ins Leere laufen. Deshalb hat sich die Bundesregierung auch dazu entschieden, eine Unterstützungsmaßnahme für heimische Vliesproduzenten, für heimische Maskenproduzenten aufzustellen; diese bayerische Firma ist allerdings nicht unter das entsprechende Schema gefallen, sodass sie vom Bund nicht unterstützt wurde. Trotzdem, der Bund hat viele zehn Millionen Euro eingesetzt, um deutsche Produktion auf den Weg zu bringen und die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Importen zu verbessern.

Aber das ist auch weiterhin ein neuralgisches Thema. Ich kann nur hoffen, dass wir aus der Krise lernen und nicht zu schnell wieder vergessen, damit diese Aufbauarbeit in Deutschland nicht in einigen Jahren wieder den Bach runtergeht und sich wieder nur das Billigste durchsetzt, sodass wir dann in der nächsten Krise wieder in kurzen Hosen im Wind stehen würden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Die nächste Frage geht an das Gesundheitsministerium und kommt vom Kollegen Ralf Stadler.

Ralf Stadler (AfD): Habe die Ehre, Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Gesundheitsminister, auf eine Anfrage zum Plenum bezüglich Impfschäden aufgrund von Nebenwirkungen der COVID-19-Schutzimpfung lautete die Antwort durch das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege vom 2. Dezember 2020:

Haftungsfragen im Zusammenhang mit COVID-19-Schutzimpfungen werden derzeit auf Bund-Länder-Ebene diskutiert. Ein abschließendes Ergebnis liegt noch nicht vor.

In der Befragung der Staatsregierung vom 2. Dezember 2020 antwortete die damalige Staatsministerin Melanie Huml:

Selbstverständlich wird das geklärt sein, wenn die Impfung da ist.

Weiter:

Der Bürger wird auf keinen Fall alleingelassen. Bis der Bürger die Impfung bekommt, wird diese Frage geklärt sein.

Laut der Homepage des bayerischen Gesundheitsministeriums wurde am 27. Dezember 2020 mit den ersten Impfungen gegen das SARS-CoV-2-Virus begonnen. Wir fragen daher die Staatsregierung: Wurde die Haftungsfrage für Erkrankungen und Nebenwirkungen in Zusammenhang mit der Corona-Schutzimpfung vor Beginn der Impfungen am 27. Dezember 2020 geklärt? Wenn ja, wer haftet für eventuell auftretende Impfschäden durch einen Impfstoff, der offensichtlich nicht sicher ist, und welche Ansprüche bestehen für Impfgeschädigte?

(Zuruf: Die Impact-Werte!)

Präsidentin Ilse Aigner: Das Wort hat der Staatsminister für Gesundheit und Pflege Klaus Holetschek.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem es sich um eine gesetzlich empfohlene Impfung handelt, ist klar, dass es in Abstimmung mit dem Paul-Ehrlich-Institut, in Abstimmung mit den wissenschaftlichen Gremien ein klares Regime gibt, so wie auch bei anderen Impfungen, die gesetzlich empfohlen sind.

Präsidentin Ilse Aigner: Eine Nachfrage vom Kollegen Stadler.

Ralf Stadler (AfD): Wurden die Hersteller von der Produkthaftung freigestellt?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Das dürfen Sie nicht mich fragen, weil ich die Verträge mit den Herstellern nicht gemacht habe, sondern, wie ich annehme, der Bund. Wir sind nur zuständig für die Logistik, für das Verimpfen. Der Impfstoff wird von der Europäischen Union beziehungsweise vom Bund besorgt. Daher sind mir die Verträge nicht bekannt.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Die nächste Frage richtet sich auch an den Gesundheitsminister und kommt von der Kollegin Ruth Waldmann.

Ruth Waldmann (SPD): Guten Morgen! Ich beziehe mich auf den Impfturbo. Jetzt haben wir im Grenzland ja einen besonderen Bedarf; es wurde festgestellt, dass da jetzt noch schneller geimpft werden soll – eine Extra-Priorisierung –, weil das andernfalls zu einem Mutations-Verbreitungsgebiet werden kann. Das haben Sie und das hat auch der Ministerpräsident so gesagt.

Jetzt liegt die Impfquote in der Oberpfalz aber nur bei 13 % – in den Regionen mit besseren Werten; in anderen liegt sie zum Teil noch deutlich darunter. Gleichzeitig gibt es in Bayern derzeit um die 536.000 ungenutzte Impfdosen, die mehr oder weniger nur herumliegen. Daher ist die Frage: Warum greift der Impfturbo dort jetzt nicht schneller? Sie haben doch gesagt, dort müsse nun prioritär vorgegangen werden, und es müsse auch die ursprüngliche Priorisierung aufgehoben werden.

Der Bezirkstagspräsident von Niederbayern hat sogar extra einen Brief geschrieben und hat um mehr Impfstoff gebeten. Warum kann man den Impfstoff jetzt da nicht hinbringen?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Liebe Frau Kollegin Waldmann, herzlichen Dank für diese Frage. Ich will zunächst dem Ministerpräsidenten noch einmal ausdrücklich danken, dass wir diese 100.000 zusätzlichen Impfdosen für die Menschen in den Grenzregionen bekommen haben. Das war wichtig und richtig, und es war von Anfang an gar nicht so einfach. Deshalb ist es zunächst ein gutes Signal,

(Zuruf)

dass wir dort nun tatsächlich mehr impfen können. Wir sind für diese Regionen in der neuen Corona-Impfverordnung auch abgewichen von der Priorisierung, sodass wir dort Reihen- und Riegelimpfungen zulassen können. Auch das ist ein wichtiges Signal; denn gerade in den Grenzregionen merken wir, dass dort durch die Mutationen natürlich auch das Ansteckungsrisiko und die Infektionsgefahr für Gruppen in Betrieben, für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, größer ist. Deswegen bieten sich dann mehr Möglichkeiten.

Die Zahlen, die Sie gerade genannt haben, wonach bei uns über 500.000 Impfdosen herumliegen würden, kann ich nicht nachvollziehen; die halte ich auch für falsch. Diese Angaben müssten Sie noch verifizieren. Ich glaube nicht, dass in Bayern 500.000 Impfdosen ungenutzt herumliegen. Nach meinem Kenntnisstand haben wir 2,4 Millionen Dosen erhalten und 2,2 Millionen ausgeliefert. Diese sind verplant. Wir verfügen nur noch über eine geringe Reserve, die wir zurückhalten, um Lieferausfälle zu kompensieren. Sie müssen immer bedenken: Wenn der Bund etwas ausliefert, erscheint dies schon in der Statistik. Das ist aber eigentlich falsch, weil es dann erst noch bei den Impfzentren angeliefert werden muss. Dort sind Termine geplant. Dann wird geimpft. Wir hatten durch das Aussetzen von Impfungen mit dem Impfstoff von

AstraZeneca natürlich auch Verschiebungen bei den Terminen. Ich kann Ihnen nur versichern – das ist meine Wahrnehmung, weil wir in ständigem Austausch mit den Betreibern der Impfzentren, mit den Landrätinnen und Landräten sowie mit den Oberbürgermeistern stehen –, dass dort sehr schnell geimpft wird. Nach den heutigen Tagesmeldungen stehen wir jetzt, glaube ich, bei über 1,9 Millionen Impfungen in Bayern. Gestern wurde 50.000 Menschen eine Impfung verabreicht. Ich finde, das könnten noch mehr sein; hier bin ich bei Ihnen. Aber 50.000 Menschen an einem Tag bei dem knappen Impfstoff, den wir zur Verfügung haben, eine Impfung zu verabreichen, halte ich wirklich für ein gutes Signal.

(Beifall)

Präsidentin Ilse Aigner: Frau Kollegin Waldmann hat eine Nachfrage.

Ruth Waldmann (SPD): Ich helfe natürlich gerne mit den Zahlen aus. Das sind die aktuellen Zahlen des RKI-Dashboards, das jede gelieferte und verabreichte Impfdosis für jedes Bundesland genau misst. Letzte Woche waren 400.000 Impfdosen in Bayern übrig, jetzt sind 535.934 Dosen aufgelaufen und bisher nicht genutzt worden. Die Ankündigung von Ihnen und dem Ministerpräsidenten, im Grenzland besonders schnell zu impfen, stammt vom 4. März. Das ist nun genau drei Wochen her. Nächste Woche ist es dann einen Monat her. Das ist nicht der Impfturbo, den wir uns, gerade im Grenzland, wo es so dringend ist, erwartet hätten.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Sie versuchen, ein Thema politisch zu instrumentalisieren, wo es nichts zu instrumentalisieren gibt, Frau Kollegin. Gerade habe ich versucht, Ihnen zu erklären, dass das RKI die Dosen schon als ausgeliefert in die Statistik aufnimmt, wenn sie sich noch auf den Lastwagen befinden. Deswegen sind sie aber noch nicht verimpft. Das will ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich festhalten.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD))

Sie versuchen hier, ein Defizit darzustellen, das es nicht gibt, Frau Kollegin Waldmann. Das ist so. Nehmen Sie dies einmal zur Kenntnis.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Es wird auch nicht besser, wenn Sie es gebetsmühlenartig wiederholen. Die Impfzentren arbeiten auf Hochtouren. Die Hausärzte werden eingebunden. Jeder Impfstoff, der ankommt, wird so schnell wie möglich verimpft. Wir haben nach wie vor ein Imageproblem bei AstraZeneca. Deshalb hat der Ministerpräsident gestern richtig festgestellt: Wir müssen zusehen, dieses Thema weiterhin gemeinsam vorbildhaft hochzuhalten.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD))

Ich wünsche mir nichts mehr, als dass mehr Impfstoff in dieses Land gelangt: Sputnik V, Johnson & Johnson, alles, was kommt. Ich halte es für einen Skandal, dass in Italien 29 Millionen Impfdosen irgendwo herumliegen, während die Menschen hier darauf warten, um das auch einmal deutlich zu sagen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Frage kommt von Herrn Kollegen Alexander Muthmann.

Alexander Muthmann (FDP): Guten Morgen, Herr Minister.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Guten Morgen.

Alexander Muthmann (FDP): In Anlehnung und Ergänzung zu dem gerade angesprochenen Thema habe auch ich eine Frage. Nachdem der Ministerpräsident gestern noch einmal geäußert hat, wir wünschten uns beim Impfen alle eine Entwicklung von der Mangelverwaltung zum Massenmanagement – mit dieser Meinung ist er sicherlich nicht alleine –, ist wohl klar, dass dabei auch die Mitwirkung der Hausärzte unverzichtbar ist. Beispielsweise hat eine Umfrage unter den Hausärzten im Landkreis Regen er-

geben, dass nahezu alle Hausärzte bereit sind, sich an dieser Impfkation zu beteiligen, allerdings mit der Maßgabe, dass sie nicht dem so bürokratischen Regime der Impfverordnung folgen müssen, weil dieses bekanntermaßen sehr, sehr aufwendig ist. Dazu lautet nun meine Frage, auch mit Blick auf das Ziel, hier flexibel, schnell und pragmatisch vorwärtszukommen: Planen Sie und können Sie ermöglichen, dass die Hausärzte so impfen können, wie sie dies von ihren Impfungen sonst auch kennen und können?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Kollege Muthmann, vielen Dank. Ich will zuerst noch einmal eines festhalten, weil die erste Frage des Kollegen Stadler genau in eine Richtung ging, dass wir nicht vergessen dürfen, eine Dokumentation zu führen und die Impfeignisse aufzulisten, damit, wenn danach etwas passiert, auch nachgewiesen werden kann, was, wie und wer betroffen bzw. beteiligt war. Deshalb ist Entbürokratisierung immer nur die eine Seite. Hier bin ich immer dabei. Auf der anderen Seite brauchen wir bei solchen Fragen trotzdem eine saubere Dokumentation.

Bei den Hausärztinnen und Hausärzten will ich mich an dieser Stelle zunächst bedanken. Wir haben eine bayerische Allianz aus der Landesärztekammer, der Kassenärztlichen Vereinigung Bayern und dem Hausärzterverband gebildet. Gestern trat wieder die Steuerungsgruppe zusammen. Wir treffen uns nun fast jede Woche einmal, um diese Themen in Bayern zu besprechen. Es gibt eine Vereinfachung in diesen Fragen, indem die Hausärztinnen und Hausärzte diese Daten vierteljährlich, glaube ich, weitergeben. Die Kassenärztliche Vereinigung Bayern ist daran maßgeblich beteiligt, und es gibt ein schlankes Meldewesen zum RKI. Wir werden dies genau beobachten und auch in der Steuerungsgruppe besprechen, weil die Hausärztinnen und Hausärzte natürlich Zeit für die Patienten benötigen. Sie müssen impfen, haben sich aber auch noch um andere Themen zu kümmern. Deswegen müssen wir darauf achten, dass das Impfen dort so unkompliziert wie möglich geschieht. Dies wollen wir im Auge behalten, weil das System dann wirklich Fahrt aufnehmen kann.

Präsidentin Ilse Aigner: Gibt es eine Rückfrage? – Ja, bitte schön.

Alexander Muthmann (FDP): Ich möchte noch eine Nachfrage stellen, auch in Ergänzung zu dem, was Frau Waldmann gerade gefragt hat: Die Beteiligung der Hausärzte ist im ostbayerischen Grenzraum, auch mit Blick auf die zusätzlichen Impfdosen, die dort zum Teil schon ausgeliefert wurden, die zum Teil noch erwartet werden, bereits in der aktuellen Phase vonnöten. Daher die Frage: Nach welchen Kriterien werden diese insgesamt 150.000 zusätzlichen Impfdosen innerhalb des ostbayerischen Grenzraums verteilt? In der ersten Charge geschah dies nicht nach Einwohnerzahlen. Auch individuelle Betroffenheiten waren offenbar kein Kriterium. Wie wird der Impfstoff dort tatsächlich verteilt? Vielleicht könnten Sie das noch einmal erklären.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Es gibt mehrere Möglichkeiten der Verteilung. Jetzt werden diese 100.000 Impfdosen an der Grenze zu Tschechien mitbetrachtet. Dies ist der wichtige Bereich. Natürlich kann die Inzidenz eine Rolle spielen. Ich glaube aber, es ist auch wichtig, den Bevölkerungsanteil als Maßstab zu nehmen, diesen dort bei der Verteilung anzusetzen und vielleicht auch mit einer zweiten Charge hinter die ersten Landkreise direkt an die Grenze zu gehen und diese auch noch mitzunehmen, damit wir den "Brandwall", wenn Sie so wollen, ein bisschen aufbauen können, damit die Mutation nicht weiter vordringt. Hierzu befinden wir uns gerade in Rücksprache. Auch mit den Landkreisen sind wir immer wieder im Gespräch und stehen in ständigem Austausch. Ich gehe davon aus, der Bevölkerungsanteil ist ein maßgebendes Kriterium.

Präsidentin Ilse Aigner: Die nächste Frage richtet sich ebenfalls an den Gesundheitsminister und kommt von Herrn Kollegen Dr. Marcel Huber.

Dr. Marcel Huber (CSU): Herr Staatsminister, die Impfung ist die zentrale Waffe im Kampf gegen die Pandemie. Aus diesem Grund ist auch die Verfügbarkeit von Impfstoff von strategischer Bedeutung. Daher meine Fragen: Mit wie vielen Impfdosen

kann Bayern denn im April rechnen? Wie viele davon, glauben Sie, könnte man denn verimpfen, aufgeteilt nach Impfzentren, Hausärzten und Betriebsärzten?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Im Moment rechnen wir damit, dass im April bundesweit über 14 Millionen Impfdosen zur Verfügung stehen. Diese würden dann nach einem Schlüssel auf die einzelnen Bundesländer heruntergebrochen. Wir würden davon 15,78 %, also rund 2,3 Millionen Impfdosen, erhalten. Im April gibt es einen Sockel für die Impfzentren, damit diese gleichmäßig bedient werden können. Das wären praktisch 1,4 Millionen Impfdosen. Alles, was darüber hinausgeht, ungefähr 942.000 Impfdosen, würde für die Arztpraxen zur Verfügung stehen. Das System läuft dann logistisch so, dass der Bund, wenn der Einstieg in die Regelversorgung erfolgt, zwei Stränge aufbaut: Die direkten Lieferungen, die an unsere Impfzentren weitergehen, laufen wie bisher. Die übrigen Lieferungen werden über die Regelversorgung, also den Großhandel und die Apotheken, den einzelnen Arztpraxen zugeführt.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Gesundheitsminister. – Die nächste Frage richtet sich an den Innenminister und kommt von Herrn Kollegen Florian Siekmann.

Florian Siekmann (GRÜNE): Herr Innenminister, seit einem Monat haben wir nun verschärfte und stationäre Kontrollen an den Grenzen zu Tschechien und Österreich. Wir haben erneut eine Situation wie im vergangenen Jahr, die dazu führt, dass Paare und Familien getrennt werden. Der Besuch unverheirateter Lebenspartner*innen und gegebenenfalls auch der Kinder, wenn ein Elternteil aus Tirol oder Tschechien kommt, wird durch die langen Quarantänedauern sehr erschwert bis unmöglich gemacht. Mich erreichen täglich, wie sicherlich viele Kolleg*innen hier im Hohen Haus, zunehmend verzweifelte Nachrichten der Menschen dort, die über eine starke Belastung dadurch klagen. Deswegen meine Frage an Sie, wann Sie in Zusammenarbeit mit dem Bund Ausnahmeregelungen davon planen bzw. welche Perspektive Sie diesen Menschen geben können. An dieser Stelle geht es mir nicht um Tourismus und touristische Ausflüge,

sondern ganz gezielt um zusätzliche Ausnahmeregelungen für enge Familienmitglieder sowie Lebenspartnerinnen und Lebenspartner.

Präsidentin Ilse Aigner: Das Wort hat der Innenminister Joachim Herrmann.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Siekmann, wir sind in der Tat täglich mit solchen Fragen beschäftigt. Inzwischen sind einige häufig wiederkehrende Konstellationen durch allgemeine Regelungen, Sonderbestimmungen usw. gelöst worden. Wir haben aber immer wieder auch völlig neue, sehr spezifische Konstellationen, die dann ganz unterschiedlich angegangen werden müssen. Das hängt zum Teil generell mit der Frage der entsprechenden Einreisebestimmungen seitens des Bundes zusammen. Das heißt, manche Fragen können wir auf Landesebene gar nicht entscheiden, sondern sie werden vom Bundesinnenministerium bzw. von der vom BMI beauftragten Bundespolizei entschieden. Wir sind in vielen Fragen in ständigem Kontakt mit dem Bundespolizeipräsidium in Potsdam und können da dann auch eine Vielzahl von einzelnen Fällen lösen.

Manche Fälle hängen beispielsweise mit den landeseigenen Quarantänebestimmungen zusammen. Da ist es häufig möglich, dass die Kreisverwaltungsbehörden Einzelgenehmigungen erteilen. Es bestehen ja Möglichkeiten für die Kreisverwaltungsbehörden vor Ort, Ausnahmegenehmigungen etc. zu erteilen.

Es gibt aber – das will ich offen einräumen – immer mal wieder auch Konstellationen, in denen man nur begrenzt helfen kann und es eben nicht möglich ist, von den Quarantänebestimmungen zu befreien.

Insgesamt: Wir sind da dran. Wir sind jeden Tag auf Bundes-, Landes- und Kreisebene mit solchen Fragen beschäftigt, aber es gibt keine Patentlösungen.

Präsidentin Ilse Aigner: Zu einer Nachfrage: der Kollege Siekmann.

Florian Siekmann (GRÜNE): Meine Nachfrage an der Stelle ist: Wir haben das Ganze jetzt ja vier Wochen. Das Bundesinnenministerium hat bei vergangenen Äußerungen immer betont, wie wichtig ihm auch die Haltung der jeweiligen Bundesländer sei. Wir haben das in Rheinland-Pfalz und im Saarland an der Grenze zu Frankreich gesehen. Dort ist von schärferen Maßnahmen Abstand genommen worden, weil die Bundesländer in Zusammenarbeit mit Frankreich an Lösungen gearbeitet haben.

Deswegen meine Frage an Sie: Was haben Sie denn in den vergangenen vier Wochen mit den Nachbarstaaten zu erreichen versucht, um auch hier eine allgemeinere Ausnahme, insbesondere für die Lebenspartnerinnen und Lebenspartner sowie in Bezug auf den Besuch von Kindern, zu erreichen? Ich glaube, dass es angesichts der Vielzahl der Fälle wegen der Nähe zu Tirol und Tschechien kein zielführender Weg ist, für jeden Fall eine Einzelausnahme bei der Kreisverwaltungsbehörde zu beantragen.

Staatsminister Joachim Herrmann (Inneres, Sport und Integration): Ich will dazu feststellen: Erstens. Die Maßnahme als solche halte ich nach wie vor für sinnvoll. Wenn Sie sich die aktuellen Infektionszahlen anschauen, dann werden Sie feststellen, dass wir in mehreren Städten und Landkreisen entlang der tschechischen Grenze weiterhin eine weit überdurchschnittliche Infektionsrate haben. Dass dies mit den in Tschechien nach wie vor noch viel höheren Infektionszahlen einen gewissen Zusammenhang hat, wird von niemandem bestritten. Deshalb ist es richtig und notwendig, dass wir diese Situation haben.

Wohlgemerkt: Es ist ja nicht so, dass die Grenze geschlossen wird, sondern wir verlangen konsequent eine Testung, die auch akzeptiert wird. Das funktioniert, entgegen vielen Unkenrufen, inzwischen nicht mit kilometerlangen Staus, sondern das hat sich insgesamt eigentlich ganz gut eingespielt.

Zweitens. Ich habe erst vorletzte Woche noch eine längere Telefonschaltkonferenz mit dem tschechischen Innenminister gehabt. Uns lag daran, vor allen Dingen für die Pendler eine vernünftige Lösung zu finden, und zwar in beide Richtungen. Natürlich

kommen mehr tschechische Pendler täglich nach Deutschland, um hier zu arbeiten. Es gibt aber sehr wohl auch die umgekehrten Fälle, nämlich deutsche Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz in Tschechien haben. Auch das hat sich inzwischen gut eingespielt.

Wir haben in Bayern mehr Ausnahmegenehmigungen bzw. Pendlerbescheinigungen erteilt, als es beispielsweise das Nachbarland Sachsen in Relation getan hat; denn uns war wichtig, dass die Betriebe nicht darunter leiden, sondern dass das insgesamt gut funktioniert. Manchmal ist es eine schwierige Abwägung, welcher Betrieb noch dringend notwendig ist etc. Aber das hat sich eigentlich gut eingespielt. Das hat mir auch der tschechische Innenministerkollege ausdrücklich bestätigt.

Das dritte Thema sind die speziellen familiären Situationen, in denen Familien getrennt leben, es Erst- und Zweitwohnsitze gibt und dergleichen. Da kann man in der Tat manches lösen, aber, wie ich schon angemerkt habe, auch nicht alles, wenn man nicht das ganze System ad absurdum führen will.

Man muss sehen, dass natürlich auch im privaten Bereich Infektionsgefahren bestehen. Deshalb hat es keinen Sinn, Familienmitglieder beliebig von einer Testung oder auch von den Quarantänevorschriften zu befreien, sondern natürlich müssen auch da bestimmte Mindeststandards eingehalten werden. Sonst machen die ganze Kontrolle und unser Bemühen, die Infektionsgefahren in beide Richtungen zu reduzieren, keinen Sinn.

Ich kann generell noch sagen: An der Grenze zu Tirol, beispielsweise in Kufstein und Kiefersfelden, haben wir Schüler in beiden Richtungen. Bayerische Schüler gehen auf eine österreichische Schule, und Tiroler Schüler gehen auf eine bayerische Schule. Wir haben das alles in den letzten Wochen Stück für Stück geregelt. Beiderseits sind dann die entsprechenden Genehmigungen erteilt worden.

Auch für Einzelfälle – wie gesagt, mit verschiedenen Wohnsitzen von Familienmitgliedern und dergleichen; das kann ich nur immer wieder sagen – haben wir eine Reihe

von Lösungen gefunden. Aber wir können das jetzt nicht für jede Familie beliebig freistellen.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Innenminister. – Die nächste Frage geht an den Leiter der Staatskanzlei und wird vom Kollegen Markus Plenk gestellt.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Staatsminister, warum sind Sie für einen europäischen Impfpass? Welche Daten sollten Ihrer Meinung nach kurz-, mittel- und langfristig darauf gespeichert werden? Warum propagieren Sie die massenhafte Impfung aller Menschen? Wäre es nicht besser, auf die vulnerablen Gruppen zu fokussieren, was Impfungen angeht, gerade im Hinblick auf mögliche Nebenwirkungen?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister Dr. Herrmann.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Beide Fragen beantworten sich von hinten her am besten. Zunächst einmal: Der Sinn des Impfens ist, das Individuum und die gesamte Bevölkerung zu schützen. Das hängt mit dem Konzept der sogenannten Herdenimmunität zusammen. Auch wenn man noch so viele Menschen impfen möchte, wird es am Ende immer welche geben, die aus bestimmten medizinischen, individuellen Gründen nicht geimpft werden können oder bei denen die Impfung nicht wirkt. Aber man hat trotzdem bei einer hinreichenden Zahl von Impfungen und von dadurch immunisierten Menschen in der Bevölkerung insgesamt eine Immunität der Bevölkerung gegen den bestimmten Erreger.

Das ist das Grundprinzip aller Impfungen, das wir seit Beginn der Impfungen gegen die Pocken anwenden und das extrem erfolgreich war. Deshalb betone ich immer wieder, dass Impfen ein Segen für die Menschheit und es für uns großartig ist, dass es nach nur wenigen Monaten gelungen ist, gegen dieses neuartige Virus nicht nur einen, sondern mehrere hochwirksame, hochmoderne Impfstoffe zu entwickeln. Impfen ist das Grundprinzip, um die Gefahr durch dieses Virus endgültig zu brechen, so wie bei allen anderen hochgefährlichen Masseninfektionskrankheiten wie beispielsweise Po-

cken, Masern und Kinderlähmung, bei allen anderen Dingen, gegen die wir ganz erfolgreich impfen.

Ich halte es wirklich für äußerst problematisch, wenn Leute wie Sie Grundzweifel in der Bevölkerung gegen das Prinzip des Impfens säen. Das ist absolut kontraproduktiv, basiert auf Fake News und stellt eine Gesundheitsgefährdung für die Bevölkerung dar.

Aus diesem Prinzip leitet sich auch der Sinn eines europäischen Impfpasses ab. Das Konzept, so wie wir es jetzt kennen, das die Europäische Kommission vorbereitet, ist ganz vernünftig, nämlich dort zu verzeichnen, wer geimpft wurde oder wer auf andere Weise, beispielsweise durch Durchlaufen der Erkrankung, immun ist. Denn wer immun ist und wer nicht, ist gut zu wissen, beispielsweise für den internationalen Reiseverkehr, aber auch für alle anderen Aspekte in der sozialen Interaktion der Menschen. Das Impfen nur auf bestimmte Gruppen zu beschränken, ist, wie ich versucht habe deutlich zu machen, unsinnig, weil wir am Ende eine Herdenimmunität wollen, eine gesamte Immunität der Bevölkerung. Da ist es wenig hilfreich, wenn Sie nur einen kleinen Ausschnitt impfen, weil Sie dann nicht zu der Gesamtwirkung kommen.

Präsidentin Ilse Aigner: Eine Nachfrage vom Kollegen Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Staatsminister, ich glaube nicht, dass ich Fake News bemühen muss, weil sich viele Ihrer politischen Maßnahmen durch skrupellosen Opportunismus erklären lassen. Aber zur Sache zurück: Bei dem Vergleich mit anderen Impfungen, herkömmlichen Impfungen, die Sie genannt haben, Pocken, Masern etc., besteht ein gravierender Unterschied darin, dass zumindest ein Teil der Corona-Geimpften weiterhin infektiös sein kann, sprich das Virus weitertragen kann. Andere wiederum müssen deswegen nicht geimpft werden, weil das Virus für sie keine Gefahr darstellt. Ich frage deswegen nach: Es gibt namhafte Wissenschaftler, die davor warnen, –

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Plenk, Sie müssen eine kurze Frage stellen.

Markus Plenk (fraktionslos): Ich komme sofort zum Schluss.

Präsidentin Ilse Aigner: Ja, sofort!

Markus Plenk (fraktionslos): – dass Massenimpfungen in einem intensiven Pandemiegeschehen den Mutationsdruck bzw. die Mutationsflucht begünstigen könnten.

Präsidentin Ilse Aigner: Kurz!

Markus Plenk (fraktionslos): Was sagen Sie dazu? Haben Sie sich damit schon mal beschäftigt?

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundesangelegenheiten und Medien): Ihren Fragen nach zu schließen, die Sie jede Woche stellen, beschäftigen Sie sich nur sehr selektiv mit der ganzen Thematik und bemühen in erster Linie die Wissenschaftler der "YouTube-Universität". Es entspricht nicht dem Kenntnisstand der anerkannten Wissenschaftler, die sich mit Impfungen, mit Impfstoffen und all diesen Dingen beschäftigen, dass die Impfung nicht die Lösung des Problems wäre. Die Impfung ist die Lösung dieser Pandemie, sie bedeutet das Beenden und das Brechen der Pandemie. Wenn Sie andere Dinge behaupten, dann machen Sie sich selber schuldig daran, dass die Pandemie sich ständig fortsetzt.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage geht an das Umweltministerium und kommt von der Kollegin Kerstin Radler.

Kerstin Radler (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Frage würde sich allerdings an den Kultusminister richten, wenn ich darf.

Präsidentin Ilse Aigner: Entschuldigung. – Kultusminister.

Kerstin Radler (FREIE WÄHLER): Ich weiß nicht, vielleicht könnte der Umweltminister auch darauf antworten.

Präsidentin Ilse Aigner: Entschuldigung. Nein, das "U" hat mich zu "Umwelt" verleitet. Es steht für "Unterricht und Kultus". Aber trotzdem kommt die Frage von der Frau Kollegin Radler.

Kerstin Radler (FREIE WÄHLER): Genau. – Herr Staatsminister Piazzolo, nächste Woche beginnen die Osterferien. Sie dauern 14 Tage. Am 12.04. starten die Schulen wieder. Wie würden Sie sich das im Optimalfall vorstellen, und was ist da konkret geplant?

Präsidentin Ilse Aigner: Der Staatsminister für Unterricht und Kultus, Herr Prof. Dr. Piazzolo, bitte.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich beschäftigen wir uns im Kultusministerium auch mit Umweltfragen und haben dort tolle Programme auch in Zusammenarbeit mit dem Minister für Umwelt. Gerade Nachhaltigkeit ist ein ganz wichtiges Thema. Aber heute geht es darum, was an den Schulen los ist und was wir für die Zeit nach Ostern planen.

Die Antwort ist zweigeteilt: Bei einem Inzidenzwert unter 100 wird es wie bisher sein, das heißt, dann sind die Schülerinnen und Schüler, und zwar alle Klassen, im Wechselunterricht. Bei einem Inzidenzwert unter 50 sind die Grundschüler im vollen Präsenzunterricht. Aber – das ist das Wichtige –, was machen wir bei einem Inzidenzwert über 100? – Da senden wir eine Botschaft der Hoffnung, auch des Öffnens. "Hoffnung" ist auch die Osterbotschaft. Wir wollen Schülerinnen und Schülern insbesondere der Abschlussklassen, aber auch der Q11 und der vierten Klasse der Grundschule die Möglichkeit geben, dass sie in den Unterricht kommen. Aber die Voraussetzung dafür ist Testen – Testen als Chance. Ich sage es ganz offen: Es ist toll, dass wir diese Tests, dass wir verschiedene Tests haben und dass wir diese Möglichkeit haben. Das bedeutet, wir testen in der Schule, oder die Eltern haben die Möglichkeit, Antigen-

Tests in einem kommunalen Testzentrum oder bei der Apotheke oder PCR-Tests machen zu lassen, deren Ergebnis dann mitgebracht wird.

Ich will es deutlich machen und für dieses Testen werben. Der Selbsttest ist kinderleicht. Do it yourself! Es ist ein Selbsttest. Ich sage es noch mal überspitzt: Wer in der Nase bohren kann, der kann sich auch selbst testen. Das ist so. Dieser Satz stammt übrigens nicht von mir, sondern vom österreichischen Kultusminister, von Herrn Faßmann. Die machen das seit Wochen: mit dem Stäbchen in der Nase bohren. Es geht; es tut auch nicht weh, meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist anders als der Schnelltest. Das Ergebnis ist in wenigen Minuten da. Also: Es hat Vorteile.

Ich sage es ganz deutlich: Wir müssen uns in Deutschland wieder auf unsere Stärken besinnen. Wir sind das Volk der Erfinder und nicht das Volk der Bedenkenträger, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Deshalb müssen wir die Dinge auch annehmen. Ich sage den Satz auch zu allen da draußen: "Geht nicht" gibt es nicht. Wir haben jetzt neue Methoden. Wir haben das Testen und wir haben das Impfen. Das müssen wir voranbringen. Das ist eine Chance. Deshalb sage ich ganz deutlich, dass ich dem Virus sagen würde: Corona, wir lassen uns nicht kleinkriegen. – Wir haben Zuversicht, und wir haben Mut. Das ist eine Botschaft, die auch von Ostern ausgeht und die ich an die Schulen sende. Tests sind Chancen, und wir bekämpfen mit Mut und Zuversicht auch Corona.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Prof Dr. Piazzolo. Auf die Demonstration der Einfachheit verzichten wir jetzt lieber mal. Das machen wir jetzt nicht.

(Heiterkeit)

Die nächste Frage kommt von Herrn Gerd Mannes und richtet sich an den Wirtschaftsminister.

Gerd Mannes (AfD): Herr Staatsminister Aiwanger, viele Unternehmen stehen weiterhin mit dem Rücken zur Wand, weil sie ihre Geschäftstätigkeit schlicht nicht ausüben dürfen. Insbesondere der mittelständische Einzelhandel, das Gastgewerbe und der Tourismus leiden. Ihre Koalition richtet seit Monaten ein wirtschaftspolitisches Massaker an, vor allem für kleine und mittelständische Unternehmen. Der wirtschaftliche Schaden durch die Maßnahmen der Staatsregierung kann nur noch als unerträglich bezeichnet werden. Das südbayerische Mittelstandsnetzwerk "Wir stehen zusammen" hat innerhalb von wenigen Wochen 2.000 Unternehmen zusammengeführt. Die Firmen fordern ein sofortiges Ende des Lockdowns. Das "Netzwerk Ostbayern" sieht schwarz und hat sich mit mahnenden Worten an die Staatsregierung gewandt.

Sie haben Vertreter beider Initiativen getroffen. Sie haben wiederholt Lockerungen der strikten Corona-Regeln gefordert. Herr Söder hat Ihnen widersprochen. So ist die Frage: Was sagen Sie den Unternehmern dieser Netzwerke heute, außer dass die Wirtschaft sehenden Auges an die Wand gefahren wird? Was können Unternehmer von der Staatsregierung in den nächsten Wochen und Monaten erwarten? Können Sie da einen Ausblick geben?

Die dritte Frage wäre: Für welche konkreten Lockerungen wollen Sie sich in den nächsten Wochen persönlich einsetzen, damit betroffene Unternehmen ihre Tätigkeit wieder aufnehmen können?

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister.

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Danke für diese Fragen. – Zunächst mal will ich feststellen, dass wir nicht alleine bestimmen können, wie wir öffnen und schließen, sondern dass die Entwicklung der Corona-Zahlen hier der entscheidende Maßstab ist. Für den 22. März waren schon Öffnungsschritte für die Außengastronomie und dergleichen mehr beschlossen. Vieles

musste jetzt zurückgenommen und auf den 12. April verschoben werden. Ich hoffe, dass dann keine weiteren Verschiebungen aufgrund neuer Mutationen und erneut steigender Zahlen am Infektionsherd nötig sind. Andersherum gesagt: Die Perspektive ist jetzt, dass zum 12. April die Außengastronomie und der Handel in erweiterter Form, teilweise mit Tests, und Kultur und Sport geöffnet werden können. Ich hätte mir das schon jetzt zu Ostern gewünscht. Ich glaube, wir hätten es mit negativen Corona-Tests auch riskieren können. Aber Sie wissen, dass ein Bundesland nicht ausscheren kann, sondern dass hier die bundesweite Abstimmung zu beachten ist, auch aufgrund der Erfahrungen zu Beginn der Corona-Zeit, als jedes Land punktuell in eine andere Richtung marschiert und dann die Erkenntnis gekommen ist, dass man sich möglichst einigen sollte, wer öffnet und wer schließt, und nicht einer das Gegenteil dessen macht, was die anderen machen.

Ich sehe diese massive wirtschaftliche Betroffenheit als Wirtschaftsminister tagtäglich, weil mich diese Meldungen erreichen und weil ich sehe, was finanziell los ist, wenn LfA-Kredite und dergleichen vergeben werden müssen. Ich sehe, dass die Insolvenzgefahren deutlich gestiegen sind im Vergleich zu der Zeit vor ein paar Wochen, als Ende letzten Jahres, Anfang dieses Jahres ein gewisses Zwischenhoch gewesen ist, als man meinte: Jetzt geht es schnell vorüber, dann starten wir wieder durch. – Diese Hoffnungen wurden leider enttäuscht. Ich kann derzeit trotzdem nicht mehr tun, als auf diese Öffnung hinzuarbeiten und darauf, dass bis dahin unsere Teststrategie greift, wir genügend Tests haben und dass die bewährten Wirtschaftshilfeprogramme, die wir haben – ich will sie gar nicht alle aufzählen: die Überbrückungshilfen, die November- und Dezemberhilfe und dergleichen mehr –, greifen und dass der Härtefallfonds noch einigen wenigen, die durchs Raster fallen, gezielt hilft. Sie haben vielleicht gehört, dass ich zuletzt eine Verlängerung der Überbrückungshilfe III über den Juni hinaus gefordert habe. Ich bin davon überzeugt, dass wir auch noch ab Juli Unternehmen gezielt werden helfen müssen. Die Weichen dazu müssen wir jetzt schon stellen, nicht erst Mitte Juni. Also, Appell an Berlin: Wenn jetzt die Öffnungen schon in den April ge-

schoben werden, dann müssen mit Sicherheit auch Wirtschaftshilfeprogramme über die Jahresmitte hinaus verlängert werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Eine Nachfrage.

Gerd Mannes (AfD): Herr Aiwanger, danke für die Ausführungen. Jetzt noch eine Nachfrage: Unter welchen ganz konkreten Voraussetzungen halten Sie es in Deutschland für vertretbar, dass das Gastgewerbe wieder öffnen und Tourismus stattfinden darf? In vielen Ländern ist dies schon möglich; das Gastgewerbe ist geöffnet und Tourismus findet statt, beispielsweise auf Mallorca. Dazu habe ich auch eine persönliche Frage an Sie: "n-tv" hat berichtet, dass die Regierung ein Reiseverbot über Ostern prüfen lässt. Was halten Sie davon? Halten Sie das für angemessen?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Ich überlasse hier das Feld den Juristen; hoffentlich kommt es nicht wieder zu Fehleinschätzungen. Ich will es darauf ankommen lassen, ob es überhaupt möglich ist, einem deutschen Staatsbürger die Ausreise zu verbieten. Ich will mich da nicht an die Spitze dieser Bewegung stellen. Wenn es jemand als Deutscher schafft, nach China einzureisen, dann will ich ihm das nicht verbieten. Ob wir jemandem, der meint, nach Mallorca fliegen zu müssen, dies aktiv verbieten können, sollen die Verfassungsrechtler bewerten. Ich würde das nicht tun, würde dann aber sagen: Beim Rückflug schauen wir, ob er Corona im Gepäck hat oder nicht.

Die andere Frage war, unter welchen Voraussetzungen ich meine, dass die Gastronomie geöffnet werden kann. Ich glaube, wir hätten die technischen Voraussetzungen dafür, Personen mit einem negativen Testergebnis einzulassen, wenn das bundesweit akzeptiert werden würde. Dies müsste jetzt schon möglich sein.

Ich verweise auch auf Studien zum Thema Luftreiniger. Wir, das Wirtschaftsministerium, haben dazu bei der Fraunhofer-Gesellschaft eine Studie in Auftrag gegeben, die

zu der Erkenntnis kommt, dass mit guten Luftreinigungssystemen sowohl der Innenbereich als auch der Außenbereich geöffnet werden könnte, weil über 99 % der Viren abgetötet werden können. Ich wünsche mir, dass die nächste Ministerpräsidentenkonferenz diese technischen Möglichkeiten, die wir heute schon haben, in die Öffnungsüberlegungen einbezieht und beispielsweise sagt: Wenn zu diesem oder jenem Zeitpunkt die Außengastronomie geöffnet wird und ein Gastwirt darstellen kann, dass er gute Lüftungsgeräte installiert hat – Klammer auf: finanziert mit Steuergeldern über die Überbrückungshilfe III, Klammer zu –, dann müssten eventuell auch die Innenbereiche für Gäste, die ein negatives Testergebnis vorlegen können, geöffnet werden können. Ich habe die Hoffnung, dass Berlin zu dieser Einsicht kommt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Die nächste Frage geht an den Kultusminister und kommt von der Kollegin Margit Wild.

Margit Wild (SPD): Sehr geehrter Herr Staatsminister Prof. Piazolo, bei den Schulen bleibt vieles im Ankündigungs- und Wunschbereich. Das sagte Heinz-Peter Meidinger, der Chef des Lehrerverbandes. Deshalb meine Frage: Wird den Lehrkräften, insbesondere der Abschlussklassen, an allen Schularten in Bayern in den Osterferien ein Impfangebot gemacht, und wo sind die vielen Tests, die der Freistaat angeblich beschafft hat? Ich weiß, dass sie jedenfalls an neun von zehn Berufsschulen nicht angekommen sind. Analog gilt eigentlich das Gleiche für die Erzieher*innen an unseren Kitas.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Liebe Frau Kollegin, Herr Meidinger ist schon im Ruhestand. Ich wundere mich immer ein wenig.

(Zuruf)

– Das ist so. Deshalb ist er auch in der Medienarbeit sehr aktiv. Gut ist, dass er aus Bayern kommt und die bayerische Schullandschaft insgesamt und insbesondere die

Gymnasiallandschaft gut kennt. Ich war bei seinem Abschied. Er hat ein sehr gut funktionierendes Gymnasium geleitet. Wenn er dieses Gymnasium sieht, wird er feststellen, dass dort alles gut funktioniert, insbesondere auch der Distanzunterricht. Übrigens ist dies ein Gymnasium mit hoher Digitalisierungskompetenz. Wenn ich mit ihm rede, sagt er häufig: Bayern meine ich ja gar nicht. Ich glaube, das hat er auch bei unserem Digitalisierungsgipfel gesagt, bei dem auch Florian Herrmann dabei war. Trotzdem nehme ich das ernst. Auch die Zurufe nehme ich sehr ernst.

Ich komme jetzt zu den beiden Themen Testen und Impfen. Zum Testen habe ich vorher schon einiges gesagt. Ich bin dankbar, dass wir die Tests haben, dass wir diese Möglichkeit haben. Wir sind in engem Austausch. Wir haben auch über Ostern wieder eine Arbeitsgruppe von mehreren Ministerien. Ich will deutlich machen: In den letzten Wochen sind mehrere Millionen Tests an die bayerischen Schulen gegangen. Allerdings gab es eine bestimmte Reihenfolge. Wir haben zunächst die Lehrerinnen und Lehrer, die Erzieherinnen und Erzieher mit Tests ausgestattet, und zwar nicht mit einem Test, sondern, weil sie zu Hause testen, mit einem Zehnerpack. Dies reicht dann für die nächsten fünf Wochen. Ich rechne das jetzt im Kopf hoch: Wir haben 150.000 Lehrer, und wir haben mindestens 50.000 Angestellte und Mitarbeiter. Damit sind wir schon bei über 200.000. Wir haben über 100.000 Erzieherinnen und Erzieher. Nehmen wir grosso modo 350.000, multiplizieren wir sie mit 10; das macht 3,5 Millionen Tests. Diese sind auch alle rausgegangen. Auch zusätzliche Tests sind rausgegangen. Dies geht Schritt für Schritt. Wir haben ganz bewusst von einer zweiwöchigen Experimentierphase vor Ostern gesprochen, in der die Schulen das Verfahren mit den Tests, die sie haben, ausprobieren können. Viele haben das wahrgenommen. Wir aus dem Kultusministerium waren an einer Schule und haben uns dies angesehen.

Über Ostern werden neue Tests kommen. Der Ministerpräsident hat gesagt, er geht davon aus, dass bis Sommer sukzessive 100 Millionen Tests kommen werden. Darum werden wir uns über die Osterferien intensiv kümmern.

Ich komme zum Thema Impfen. Florian Herrmann hat vorher auch gesagt, dass wir froh sein können, dass es schon nach so relativ kurzer Zeit Impfstoff gibt. Sicherlich ist nicht alles optimal gelaufen. Bei einem neuen Impfstoff ist dies eben so. Nehmen wir das Beispiel AstraZeneca. Er muss eben noch einmal geprüft werden; er muss sicher sein, wenn man ihn verabreicht. Hierzu gibt es ein Programm; dafür bin nicht ich zuständig, sondern insbesondere der Bund, aber auch der Gesundheitsminister. Jetzt wird immer mehr Impfstoff verimpft.

Die Frage bezog sich insbesondere auf die Lehrkräfte. Ich erinnere mich noch, wie ich vor dem Fernseher erlebt habe, dass die Kanzlerin und die Ministerpräsidenten bei einer Runde gesagt haben, dass der Empfehlung der STIKO gefolgt wird und die Erzieherinnen und Erzieher und insbesondere die Grundschullehrerinnen und -lehrer in der Priorisierung nach oben, in die zweite Gruppe kommen. Ich habe mich da auch gefragt: Was ist mit den anderen Lehrern? Ich erinnere mich auch an eine Pressekonferenz, in der der Ministerpräsident gesagt hat, dass auch versucht wird, die anderen Lehrkräfte prioritär zu impfen. Trotzdem haben wir eine bestimmte Reihenfolge. Das bedeutet, dass wir uns an diese Reihenfolge auch halten sollen. Es wird geimpft, was möglich ist und so schnell wie möglich. Natürlich wünschen wir uns alle, dass es noch schneller geht, dass wir Corona noch schneller loswerden. Das ist ja selbstverständlich.

Es wird unter Hochdruck gearbeitet. Die Hausärzte werden mit in den Blick genommen. Gestern hat der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung gesagt, dass man natürlich auch schauen wird, wie es mit dem Impfstoff von AstraZeneca weitergeht und ob man, wenn dieser Impfstoff nicht so gut angenommen wird, vielleicht die Priorisierungen aufheben und diesen Impfstoff freigeben kann. Hier ist viel in Bewegung.

Klar ist aber – das sage ich auch ganz deutlich –: Lehrerinnen und Lehrer erhalten schon dieses Impfangebot. Es gibt schon viele, die ein konkretes Impfangebot erhalten haben bzw. schon geimpft worden sind. Einer meiner Abgeordnetenkollegen hat

mir gesagt, dass in seinem Landkreis die Grundschullehrerinnen und -lehrer schon geimpft sind. In anderen Landkreisen ist man noch nicht so weit. Daran wird mit Hochdruck gearbeitet.

Ich wiederhole als letzten Satz: Es sind zwei Dinge, die uns sehr viel Hoffnung geben und an denen wir natürlich intensiv arbeiten: auf der einen Seite das Testen und auf der anderen Seite das Impfen. Mit diesen beiden Maßnahmen bieten wir Corona ganz offensiv die Stirn und schaffen es dadurch, Öffnungen zu erzielen. Da sind wir auf einem guten Weg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Eine Rückfrage der Kollegin Wild.

Margit Wild (SPD): Eine Nachfrage. Ich fasse das jetzt zusammen, Herr Prof. Piazzolo, dass Sie beim Testen besser aufgestellt sind – das habe ich Ihren Äußerungen entnommen –, aber beim Impfen sagen Sie: Ja, es passiert etwas, aber eigentlich müsste noch mehr passieren. – Das nehme ich so zur Kenntnis.

Meine Nachfrage zielt auf das Infektionsgeschehen ab. Beobachtet die Staatsregierung in den letzten Tagen ein erhöhtes Infektionsgeschehen an den Schulen? Bis zum 16.03., am Tag nach den größeren Schulöffnungen, waren 195 Lehrer positiv getestet und 1.181 Schüler*innen. Hat sich da etwas verändert?

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Vielleicht noch mal zur vorherigen Frage: Ich habe so formuliert, wir alle wünschen uns, dass es beim Impfen besonders schnell vorangeht. Das ist ein ganz normaler Wunsch. Das ist doch überall so. Sicherheit wollen wir alle noch mehr und noch schneller. Das ist ganz klar.

Zu den Infektionszahlen: Ich kann sie nicht bestätigen. Ich sage auch ganz offen: Nach einem Jahr hat die Wissenschaft vieles herausgefunden, sehr, sehr vieles, aber manches auch nicht. Es gibt bis jetzt – das sage ich ganz deutlich – keine wissenschaftlichen Studien, die besagen, dass in der Schule gar keine Ansteckung stattfindet.

det. Es gibt aber auch keine wissenschaftlichen Studien, die das ganz deutlich belegen, oder einen Trend, der besagt, dass in der Schule besonders viel Ansteckung stattfindet. Nein, das gibt es eben nicht. Es gibt Detailstudien, es gibt Metastudien. Beide Sichtweisen werden darin jeweils nahegelegt. Insofern können wir das auch nicht ausschließen. Genau deshalb wird die Sicherheit an den Schulen so großgeschrieben – mit Rahmenhygieneplan, mit Maskenpflicht. Wir in Bayern waren die Ersten, die das bis hin zu den Grundschulen gefordert haben.

Ich will noch mal auf Österreich blicken. Österreich testet, aber in den Grundschulen – wenn ich das richtig weiß – werden keine Masken getragen. Wir haben wesentlich höhere Sicherheitsstandards. Wir waren die Ersten, die ein Lüfterprogramm gemacht haben, gerade um Schulen und Kitas noch sicherer zu machen. Trotzdem ist nicht ausgeschlossen, dass Kinder oder auch Lehrer infiziert in die Schule kommen. Genau deshalb testen wir, um das nach Möglichkeit zu verhindern.

Ich kenne – das sage ich ganz offen – die Zahlen in Bayern jetzt nicht. Auch darüber habe ich übrigens mit dem österreichischen Kultusminister gesprochen. Er hat mir gesagt, die Tests, die sie machen, zeigen, dass gerade bei den Kindern und Jugendlichen kein erhöhtes Infektionsgeschehen an den Schulen stattfindet. Aber das ist auch wieder nur ein Zuruf; da gibt es vielleicht noch einen anderen Zuruf. Deshalb sage ich immer: Solange wir wissenschaftlich keine klare Linie haben, müssen wir immer auf der sicheren Seite sein, gleichzeitig aber auch immer die Chance des Öffnens sehen.

Bildung – da sind wir uns absolut einig – ist ganz entscheidend, das wollen wir vermitteln, aber nur, wenn es sicher ist.

(Zuruf)

– Sie da drüben verpassen jeden Tag so viele Chancen. Aber das ist ein ganz anderes Thema; darauf will ich gar nicht eingehen.

Wir erhalten die Bildungschancen insbesondere dadurch, indem wir testen und natürlich auch entsprechend impfen.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die nächste Frage richtet sich an den Wirtschaftsminister und kommt vom Kollegen Albert Duin.

Albert Duin (FDP): Schönen guten Morgen, Frau Präsidentin! Lieber Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger, ein Hotelaufenthalt wird anders behandelt als – –

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Ich hör' nichts! Du musst einschalten.

Albert Duin (FDP): Ich habe eingeschaltet. – Hört ihr mich?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Hast du die Stromrechnung nicht bezahlt?

Albert Duin (FDP): Ein Hotelaufenthalt wird anders behandelt als ein Einkaufsbummel im Gartenbaumarkt. Fernreisen mit der Bahn sind möglich, mit dem Bus jedoch nicht. Ein Bus im Fernlinienverkehr darf voll besetzt sein, derweil darf derselbe Bus nicht für touristischen Verkehr benutzt werden. Es ist gestattet, mit einem Negativ-Test eine kosmetische Behandlung im Innenbereich auch ohne Maske vorzunehmen, nicht aber, mit der eigenen Familie in einem Ferienhaus zu wohnen. Familien dürfen zwar einen Zoo besuchen, aber nicht in einen Freizeitpark mit Hygienekonzept gehen. Touristische Reisen ins Ausland sind erlaubt, gleichzeitig redet man hier darüber, Reisen im Inland am liebsten zu verbieten.

Erkennen Sie selber noch ein konsistentes Handeln bei dieser Sachlage? Und wenn die Entscheidung der Osterruhetage falsch war, kann es dann nicht auch sein, dass ganz andere Entscheidungen und Anordnungen ebenso falsch waren und sind?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Ich gebe Ihnen recht, dass natürlich vieles widersprüchlich ist. Es zeigt sich, dass die Ge-

richte immer wieder dazwischen gehen und sagen: Wenn der das darf, dann muss der andere das dürfen usw. – Die Herangehensweise und die Logik, die zu Beginn der Corona-Krise Pate gestanden hat, war die Definition der Systemrelevanz. Es hat geheißen: Lebensmittel brauchen wir, ob wir wollen oder nicht, also lassen wir den Lebensmitteleinzelhandel offen; Kleidung ist tagesaktuell eventuell nicht so nötig, also: Bekleidungshandel schließen; Haarschneiden ist vielleicht nicht so nötig wie eine andere Gesundheitsbehandlung. – Das war die Logik, die dahinterstand. Aber das kommt immer mehr ins Wanken, und sie ist natürlich nie trennscharf, dass man genau sagen kann: Das ist wasserdicht und sinnvoll, und ab hier ist es völlig unreal.

Ihre Vergleiche mit dem Verkehr zielten darauf ab, dass man sagt: Der öffentliche Personennahverkehr muss aufrechterhalten werden, trotz eines eventuellen Infektionsgeschehens, man muss aber nicht unbedingt in den Urlaub fahren. Natürlich kann man sich bei der Fahrt in die Arbeit im ÖPNV trotzdem infizieren wie im Reisebus. Insofern – glaube ich – müssen wir das jetzt von hinten her aufdröseln und die behaupteten Risiken, die jetzt noch die Begründung für Schließungen sind, eliminieren, beispielsweise durch Negativ-Tests, beispielsweise durch Lüftungssysteme, beispielsweise durch FFP2-Masken, um die Begründungen, die vielleicht vor einem Jahr noch richtig waren, beiseitezuschieben und die Wirtschaft wieder zum Laufen zu bringen, ohne Infektionsrisiken zu erhöhen. Das ist der Weg.

Die Exekutive macht mit der Judikative immer wieder gewisse Klimmzüge. Die Gerichte sagen, dass dieses oder jenes doch wieder geändert werden muss. Insofern ist vieles widersprüchlich. Bitte machen Sie sich weiterhin auf die Suche nach Beispielen und nennen Sie mir diese. Wenn wir Abhilfe schaffen können, dann soll es an mir nicht scheitern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Präsidentin Ilse Aigner: Herr Staatsminister, es gibt noch eine Rückfrage des Kollegen Duin.

Albert Duin (FDP): Herr Staatsminister, Sie werden schon gemerkt haben, dass viele dieser Fragen, die ich aufgeworfen habe, nicht von mir alleine stammen, sondern auch Ihrer eigenen Fraktion sehr naheliegen, auch der CSU.

Mich berührt wirklich das Thema der Systemrelevanz. Das System eines kleinen Unternehmers sind seine Familie, seine Mitarbeiter, seine Lieferanten und seine Logistik und alles drum herum. Das ist für ihn systemrelevant. Wie kommt der Staat dazu, Systemrelevanz rein aus dem Blickwinkel der Wirtschaftlichkeit großer Konzerne zu sehen?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Ich gebe Ihnen recht, auch das Thema der Systemrelevanz diskutieren zu wollen. Der Begriff der Systemrelevanz ist natürlich auch abhängig vom Zeitfenster. Wenn man nur eine Woche betrachtet, ist es systemrelevant, etwas zu essen und ein Dach über dem Kopf zu haben. Wenn das Zeitfenster sich aber verlängert, braucht man irgendwann einen Arzt, braucht man irgendwann psychische Betreuung, braucht man irgendwann kulturelle Begleitung, braucht man irgendwann Glaubensbekenntnisse, muss man wieder mal in die Kirche gehen – wer davon etwas hält; andere haben andere Götter, an die sie sich wenden wollen. Wenn eine Pandemie länger dauert, werden plötzlich andere Dinge als das tägliche Brot wichtiger. Es heißt ja: Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Er lebt vom Brot die ersten drei Tage, aber ab dem vierten Tag will er mehr, und insofern ist am Ende alles, was wir in diesem Land haben, systemrelevant und nichts ist verzichtbar. Gerade auch der kulturelle Bereich wurde lange Zeit hintangestellt. Die Kreativwirtschaft, die Musikbranche usw. sind am Ende äußerst wichtig, um die Menschen wieder aus der Depression herauszuholen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Die nächste Frage geht an den Gesundheitsminister und kommt vom Kollegen Bernhard Seidenath.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Staatsminister, das Thema Impfen, das heute bereits verschiedentlich genannt wurde, hat auch Herr Kollege Dr. Huber gerade betont. Impfen ist unser schärfstes Schwert gegen die Pandemie. Wir sind deshalb sehr dankbar, dass die Staatsregierung alles unternimmt, um möglichst rasch möglichst viele Menschen in Bayern zu impfen. Die Zahlen – die 50.000 Impfungen, die gestern durchgeführt wurden, und die zu erwartende Menge im April –, die Sie vorhin genannt haben, sind sehr ermutigend. Danke für diese Anstrengungen.

Die Leute sehnen sich danach, geimpft zu werden. Sie sehnen sich nach Impfstoff. Ich nehme wahr, dass das weiterhin auch für den Impfstoff AstraZeneca gilt. Nun ist AstraZeneca mit seinen Lieferungen im Rückstand; denn es sollten im ersten Quartal 30 Millionen Dosen an die EU geliefert werden. Davon ist AstraZeneca noch weit entfernt. Da ist natürlich ein Aufreger und bewegt in Bayern die Menschen, dass gestern in einem Lager in Rom 29 Millionen Impfdosen entdeckt worden sind. Sie haben dies vorhin kurz angesprochen. Ich habe in Ihrer Antwort eine gewisse Verärgerung gespürt. Zur Einschätzung dieses Vorgangs ist die Frage: Wie realistisch ist es denn, dass der entsprechende Anteil dieses Fundes am besten so rasch wie möglich seinen Weg nach Bayern findet?

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Vielen Dank für diese Frage, die im Kern nochmals aufzeigt, wie schwierig das System ist, weil immer wieder Lieferungen ausfallen und zurückgestellt werden. Gerade bei AstraZeneca haben wir es erlebt, dass Lieferungen reduziert wurden. Dann wurde der Impfstoff noch eine Zeit lang ausgesetzt – das ist sicherlich ein anderer, wissenschaftlich fundierter Grund –, jetzt kommt diese Meldung über dieses Lager. Das muss man sehr zeitnah klären, weil die Menschen hierüber Aufklärung brauchen. Ich höre, es gibt Erklärungen der Firma, die sagen: Nein, es sei alles in Ordnung. Da gehe es nur um die Chargenfreigabe. Dann werde der Impfstoff auch ausgeliefert. Da ist die Firma am Zuge und muss liefern, damit wir Gewissheit haben; denn wir brauchen Planbarkeit und Verlässlich-

keit. Das sind die wichtigsten Parameter im System des Impfens, und dafür müssen auch die Hersteller Sorge tragen.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank. – Die nächste Frage geht wieder an den Wirtschaftsminister und kommt von der Kollegin Susanne Kurz.

Susanne Kurz (GRÜNE): Herr Aiwanger, Sie sprachen bereits im letzten Redebeitrag über die Kreativwirtschaft. Bayerns Kultur- und Kreativwirtschaft verlor laut BR-Bericht vom 8. März 2021 in der Pandemie 5 Milliarden Euro. Insbesondere Live-Kultur, Musik und Theater schrumpften um 85 %.

Sie, Herr Aiwanger, kommentierten diese Schrumpfung so: Es sei Ihre politische Pflicht, der ganzen Branche so schnell wie möglich wieder auf die Beine zu helfen. In der Sitzung des Wirtschaftsausschusses vom 03.12.2020 haben Sie, Herr Aiwanger, aber laut Protokoll zu den Hilfen für die Kultur- und Kreativwirtschaft festgestellt: Diese Frage betreffe nicht direkt Ihr Ressort. – Daher frage ich Sie: Welche konkreten Hilfs- und Investitionsprogramme plant Ihr Ministerium, um explizit der von starken Umsatzeinbußen getroffenen Kultur- und Kreativwirtschaft wieder auf die Beine zu helfen?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Am besten würde natürlich den Kulturschaffenden geholfen, wenn endlich wieder geöffnet werden könnte; deshalb ist die Perspektive, die Öffnungen hier ab 12. April mit Tests und diversen Konzepten Schritt für Schritt voranzubringen, damit die Kulturschaffenden wieder ihr eigenes Geld verdienen können. Natürlich ist die Vielzahl an Programmen trotzdem zu nennen; etwa über die Überbrückungshilfe III ist jetzt auch diese Neustarthilfe mit bis zu 7.500 Euro nach eigener Antragstellung möglich, sogar ohne prüfenden Dritten, mit 50 % des Vergleichsumsatzes als Anhaltspunkt. Auch über die Vorgängerprogramme ist auf diesem Gebiet einiges abgedeckt.

Beim Kollegen Sibler ist auch das Thema Kultur angesiedelt. Daraus resultierte wohl meine Aussage von damals, dass ich nicht allein für die Künstler zuständig bin, son-

dern dass dieses Thema auch in der Programmabwicklung beim Wissenschaftsministerium angesiedelt ist und war.

Susanne Kurz (GRÜNE): Sie sprechen jetzt vom Neustart. Die Neustarthilfe ist ein Bundesprogramm. Wie viele Millionen Euro bayerischer Mittel haben denn Sie für die bayerische Kultur- und Kreativwirtschaft ganz konkret in den aktuellen Haushalt, den wir jetzt beraten, eingestellt?

Staatsminister Hubert Aiwanger (Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie): Ich habe jetzt die Zahlen nicht aktuell vorliegen. Aber es geht bei den Hilfen, wie gesagt, um die Überbrückungshilfe III, die, wie Sie wissen, ein Bundesprogramm darstellt. Da kommt es jetzt darauf an, wie viele Anträge gestellt werden. Das Programm läuft bis Jahresmitte. Ich habe bereits in der vorherigen Antwort bzw. in meiner Einleitung gesagt, dass ich mich für eine Verlängerung der Überbrückungshilfe III in die zweite Jahreshälfte einsetze. Diese Neustarthilfe von 7.500 Euro kann also jeder Solo-Selbstständige, können auch die Kulturschaffenden beantragen. Aber wie viele Anträge hier gestellt werden, weiß ich heute nicht.

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Damit ist die Befragung der Staatsregierung beendet. Wir fahren nun mit den Haushaltsberatungen fort.